

19.05.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Familien brauchen klare Perspektiven und gezielte Unterstützung – Plan zur Kita-Rückkehr für Kinder entwickeln

I. Ausgangslage

Viele Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens stehen in der Corona-Krise wirtschaftlich und sozial massiv unter Druck. Dies betrifft nahezu alle Lebensbereiche, insbesondere sind auch Familien mit Kindern mit Betreuungsbedarf stark von den Corona-bedingten Einschränkungen betroffen.

Nicht nur, dass Eltern von jungen und sehr jungen Kindern, nur dann einer Tätigkeit voll nachgehen können, wenn sie wissen, dass ihre Kinder auch betreut werden. Sie sind auch mit dem emotionalen Stress ihrer Kinder konfrontiert, deren Alltag in den letzten Wochen abrupt unterbrochen worden ist. Kinder dürfen nicht mehr in die Kitas, die Schulen waren geschlossen. Es gibt keinen physischen Kontakt mehr zu den Großeltern oder den Freunden. Vielfach gibt es keinen physischen Kontakt mehr außerhalb der Kernfamilie. Stattdessen erleben sie Isolation. Leben, lernen und arbeiten findet plötzlich an einem einzigen Ort statt, Eltern bangen oftmals um die finanzielle Zukunft, sorgen sich um die Gesundheit der Familie, der Freunde. Viele Nöte prasseln nun auf die Familien ein. Kinder spüren die Sorgen und den Druck, der auf den Eltern lastet, stellen Fragen und wollen begreifen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung gefällt sich in dieser Situation als vermeintlicher Vorreiter für Lockerungen im Umgang mit der Corona-Krise. In Nordrhein-Westfalen durften Shopping-Malls und Möbelhäuser frühzeitig öffnen. Auch die Fußballbundesliga durfte sich für die Wiederaufnahme ihres Kontaktsports der Fürsprache des Ministerpräsidenten sicher sein. Was für den größten Teil der Kinder auf absehbare Zeit hingegen nicht beginnen soll, ist die Kita. Während vieles den Anschein von Normalität weckt, scheint das Recht der Kinder auf Bildung nicht zu gelten. Minister Stamp kündigte in seiner Pressekonferenz am 8. Mai 2020 an, er habe einen Plan zur Öffnung der Kinderbetreuung. Dieser sei bereits seit einer Woche fertig. Während der Plan richtigerweise für Kinder mit Behinderung sowie für Vorschulkinder mit einer Anspruchsberechtigung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) die Rückkehr in die Betreuung vorsieht und im Mai auch alle weiteren Vorschulkinder einbezogen werden, bleibt die Perspektive für einen Großteil der Kinder offen.

Ein stufenweises Verfahren ist zwar richtig, um ein erneutes Chaos, wie im Schulbereich zu vermeiden. Allerdings dürfen die Stufen nicht ins Nichts führen. Für viele Familien stellt es sich allerdings genauso dar. Minister Stamp hat in seiner Pressekonferenz angekündigt, dass es für nahezu zwei Drittel der Kinder über einen Zeitraum von Monaten lediglich insgesamt zwei Tage eine eingeschränkte Rückkehr in die Kita geben soll. Vielen Eltern erscheint diese

Datum des Originals: 19.05.2020/Ausgegeben: 25.05.2020

Aussicht schwer erträglich. Das bedeutet weder für Familien eine Entlastung noch erscheint es pädagogisch sinnvoll. Wie soll man Kindern erklären, dass sie einmalig ihre Freunde wiedersehen dürfen, dann aber wieder mehrere Wochen lang nicht?

Um die Verantwortung für die Enttäuschung vieler Familien delegieren zu können, erhob der Minister Vorwürfe in Richtung von Angela Merkel. Diese habe die Pläne um eine Woche verzögert. Dabei ließ er außer Acht, dass die Zuständigkeit für den Elementarbereich bei den Bundesländern liegt und sein eigener Ministerpräsident an der Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundesregierung beteiligt war. Für die Mehrheit der Kinder und Eltern, die nun nach den Plänen der Landesregierung nicht berücksichtigt werden, hätte es kaum einen Unterschied gemacht, ob sie bereits eine Woche früher erfahren hätten, dass es für sie keine Perspektive geben soll. Andere Bundesländer sind da weiter. Hamburg eröffnet bereits heute einen Plan, der auch 4- und 5-jährigen Kindern eine Perspektive gibt. In Rheinland-Pfalz dürfen Kinder die Notbetreuung besuchen, wenn keine andere Betreuung möglich ist, unabhängig davon, in welchem Beruf die Eltern arbeiten. In Mecklenburg-Vorpommern wird eine im Stundenumfang eingeschränkte Betreuung ermöglicht.

Wir brauchen auch in Nordrhein-Westfalen einen Plan, wie unter eingeschränkten Bedingungen wieder Betreuungsangebote für die Mehrheit der Kinder stattfinden können. Einen Stufenplan unter steter Beachtung des Infektionsgeschehens tragen wir als SPD mit. Für die große Mehrheit zwei Tage Kita-Besuch in Aussicht zu stellen, ist hingegen kein Plan. Dieser muss aber jetzt vorgelegt werden, damit sich alle Beteiligten darauf einstellen können. Dieser Plan muss auch den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beachten. Erzieherinnen und Erzieher sowie Tagespflegepersonen müssen auch zum eigenen Schutz engmaschig getestet werden. Dafür müssen die Testkapazitäten vorgehalten werden.

Die Sommerzeit wird viele Eltern und Kinder vor große Herausforderungen stellen. Freizeiten stehen noch auf der Kippe, Urlaub der Eltern ist zum Teil aufgebraucht. Die Ankündigung, dass in dieser Zeit auch keine Notbetreuung angeboten werden muss, versetzt viele Eltern in Sorge. Zwar dürfen Kinder wieder unter Auflagen Spielplätze besuchen und nach anfänglichem Zögern ist das Ministerium auch auf die Forderung der Opposition eingegangen, die Bildung von Corona-Gemeinschaften zu gegenseitigen Unterstützung bei der Kinderbetreuung zu ermöglichen. Der Sommer darf für Kinder nicht zu einer neuen Phase der Isolation werden. Im Gegenteil. Familien sind durch die Corona-Krise in einem Höchstmaß belastet. Auch sie verdienen eine „Sommerpause“. Betreuungsmöglichkeiten müssen unter Wahrung der berechtigten Interessen der Träger und Beschäftigten in den Kitas sichergestellt und für Familien, die ihren Urlaubsanspruch aufgrund der Corona-Krise bereits ausschöpfen mussten, Möglichkeiten von Erholungsurlaub geschaffen werden.

In dieser Situation, die für viele Familien noch Unsicherheit bedeutet, muss für Eltern ein Höchstmaß an Sicherheit hergestellt werden, auch in finanziellen Fragen.

Im Mai hat der Landtag mit Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Grünen sich geweigert, eine Übernahme der Kita- und OGS-Gebühren bis zum Wiederbeginn des Regelbetriebs durch das Land und eine Entfristung der Soforthilfen für Familien über das Infektionsschutzgesetz zu fordern. Der rudimentäre Öffnungsplan, der vielen Kindern keine Perspektive auf eine angemessene Betreuung mindestens bis zum Sommer gibt, lässt dies als umso größeres Versäumnis erscheinen. Eltern und auch Kommunen erwarten endlich Planungssicherheit. Das monatliche Trauerspiel um die Frage, wer nun die Kitagebühren übernimmt, muss enden. Zudem soll sich Nordrhein-Westfalen für eine Verlängerung der Soforthilfen für Familien einsetzen, denen keine Kinderbetreuung zur Verfügung steht. Mehr finanzielle Sicherheit würde allen betroffenen Familien mit kleinen und mittleren Einkommen darüber hinaus gewährt, wenn ein Familienbonus die finanziellen Härten der Corona-Krise abmildern würde. Für viele Wirtschaftsbereiche werden derzeit Unterstützungen diskutiert. Für

uns sind Familien systemrelevant. Daher muss über Hilfen für Familien bereits vor dem Auflegen von Konjunkturpaketen diskutiert werden.

II. Feststellung

Der Landtag stellt fest:

- Kinderrechte müssen auch in der Zeit der gesundheitlichen Krise gewahrt werden. Kinder haben ein Recht auf Bildung, ein Recht auf Freizeit und Spiel, Kinder mit Behinderung haben ein Recht auf besondere Fürsorge und Förderung. Kinder haben ein Recht auf Gesundheit und ein Recht auf Schutz vor Gewalt. Kinder haben ein Recht auf Gleichheit und auf Beteiligung, Kinder haben ein Recht auf Privatsphäre, Kinder haben ein Recht auf Zugang zu Medien, Kinder haben ein Recht auf Schutz vor Krieg und auf der Flucht.
- Familien sind systemrelevant. Kindern und Eltern ist in den der letzten Zeit viel abverlangt worden. Auch ihnen steht ein Recht auf Erholung in der Sommerpause zu.

III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf:

- einen Stufenplan vorzulegen, der allen Kindern in Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich einen regelmäßigen Zugang zu Bildungs- und Betreuungsangeboten gewährt.
- dabei sicherzustellen, dass alle Kinder noch im Juni die Einrichtungen in einem pädagogisch vertretbaren Maße wieder besuchen können. Hier könnten ein rollierendes System oder reduzierte Stunden in Anlehnung an die vertraglich gebuchten Betreuungszeiten ein mögliches Modell sein. Dieses muss über das bisherige Modell der Notbetreuung hinaus wirken.
- sicherzustellen, dass die Betreuungsbedarfe der Familien in den Sommerferien abgedeckt werden können.
- sicherzustellen, dass in den Sommerferien Bildungsangebote der Jugendverbandsarbeit und der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch Ferienfreizeiten und Ferienspiele möglich sind. Dafür benötigen die Jugendverbände und die offene Kinder- und Jugendarbeit Handreichungen zur Durchführung und die Gewissheit, dass sämtliche Stornokosten landesseitig übernommen werden. Als Ersatz für ausgefallene Ferienfreizeiten müssen andere Formate angeboten und finanziert werden können.
- Modelle für die Kinderbetreuung gemeinsam mit den Trägern und den kommunalen Jugendämtern zu erarbeiten, die die Raum- und Personalkapazitäten in den einzelnen Einrichtungen berücksichtigen, um somit unter der Einhaltung der Hygienemaßnahmen und -auflagen, Spielräume für eine Erweiterung der Betreuungsmöglichkeiten zu nutzen. Das Land muss dafür genaue Vorgaben für die Belegung in den Kitas vor Ort erarbeiten.
- sicherzustellen, dass spätestens zum neuen Kita-Jahr eine auf die Corona-Bedingungen angepasste Regelbetreuung und pädagogische Arbeit mit den Kindern in enger Absprache mit den Trägern gewährleistet wird.
- sicherzustellen, dass Personal in Teilzeit auf eigenen Wunsch in Vollzeit wechseln kann, um die angespannte Personallage durch Risikogruppen zu entspannen. Die Mehrkosten für diese Aufstockung müssen den Trägern ersetzt werden.
- zu gewährleisten, dass der Öffnungsplan Trägern und Beschäftigten Sicherheit gibt und die Entwicklung des Infektionsgeschehens konsequent berücksichtigt. Dafür muss sichergestellt sein, dass ausreichend Testkapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher

vorgehalten werden, um eine engmaschige Testung zu ermöglichen. Die Testungen werden auf freiwilliger Basis vollzogen.

- sicherzustellen, dass Träger und Tagespflegepersonen die hygienebedingten Mehrkosten durch die Corona-Krise erstattet bekommen
- gemeinsam mit den Kommunen ein Konzept zu entwickeln, das Raumnutzungskonzepte ermöglicht und eine Übersicht über vorhandene Kapazitäten an Betreuungsräumen und bei Bedarf eine kurzfristige Aktivierung zusätzlicher geeigneter Räume zur Betreuung von kleinen Gruppen ermöglicht. Die Kosten sind vom Land zu tragen.
- Familien mehr finanzielle Sicherheit zu geben und sich für eine dauerhafte Entfristung und Anhebung der Soforthilfen für Familien im Zuge des Infektionsschutzgesetz einzusetzen und die Arbeit in Teilzeit für Eltern leichter zu ermöglichen, da die Betreuung der Kinder trotz Öffnung der Kitas und Schulen dennoch vielfach im häuslichen Umfeld passieren muss.
- sich dafür einzusetzen, dass Eltern mit geringem und mittlerem Einkommen ein Familienbonus gewährt wird. Eine Direktzahlung könnte unbürokratisch mit der Auszahlung des Kindergeldes erfolgen und die vielfältigen Mindereinnahmen und Mehrausgaben durch die Corona-Krise abmildern.
- die Elternbeiträge für Kita und OGS bis zur Wiederaufnahme des Regelbetriebs vollständig zu übernehmen.
- sich dafür einzusetzen, dass Eltern vom Bund zusätzlich bezahlter Erholungsurlaub gewährt wird, da viele ihren Jahresurlaub zu Betreuung der Kinder während des Shutdowns nutzen mussten. Die Arbeitgeber sind hier entsprechend zu entlasten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Regina Kopp-Herr
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion